
1394/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 08.03.2021

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Absicherung und Ausbau der Kinderschutzzentren**

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie erweisen sich immer mehr als enorme Belastung für Kinder, Jugendliche und Familien. Während in den letzten Wochen immer mehr internationale und auch nationale Studien alarmierende Zahlen und Daten zu den negativen Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen liefern, ist die Datenlage zu Gewalt gegen Kinder und Jugendliche deutlich schlechter. Das liegt im Hinblick auf Österreich v.a. an der föderal organisierten Kinder- und Jugendhilfe.

Für Oberösterreich wurde zu Jahresbeginn ein Anstieg an Gewalt gegen Kinder von 49% im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr festgestellt.¹ Je länger die familiäre Mehrfachbelastung durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, schichtweises Home Schooling und Lockdown anhält, desto stärker werden Gewalttaten steigen. Eine wichtige Anlaufstelle für von Gewalt betroffene Kinder, Jugendliche und deren Familien sind die Kinderschutzzentren (KiSZ). Von den derzeit über 30 Einrichtungen befinden sich lediglich zwei in Wien, es mangelt an Personal, finanzieller Absicherung und regionalen Standorten und das schon seit vor der Pandemie. Auch der Bundesverband Österreichischer Kinderschutzzentren verweist bereits im Sommer 2020 auf den gestiegenen Betreuungs- und Beratungsbedarf, die umfassenden, vielschichtigen und oft über Jahre in Anspruch genommenen Angebote der KiSZ und deren Rolle gerade in der jetzigen Krisensituation:

"Immer öfter passiert es, dass wir Kinder und Jugendliche, die von Gewalt betroffen sind, nicht begleiten können – einfach weil der Bedarf die Möglichkeiten zu sehr übersteigt", so die Geschäftsführerin des Bundesverbandes, Martina Wolf.²

Im Regierungsprogramm findet sich ein Punkt zu "Ausbau und Absicherung von Kinderschutzzentren". Gerade in der derzeitigen Situation darf dieses Vorhaben krisenbedingt nicht aufgeschoben, sondern muss prioritär behandelt werden, um Kinder und Jugendliche in dieser ohnehin herausfordernden Zeit und darüber hinaus bestmöglich zu schützen.

¹ <https://ooe.orf.at/stories/3085573/>

² https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200629_OTS0034/35-jahre-kinderschutzzentren-in-oesterreich-kein-grund-zu-feiern

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration, wird aufgefordert, rasch die notwendigen Maßnahmen zu setzen, um gemeinsam mit den Landesregierungen und Expert_innen der Kinderschutzzentren deren Ausbau und Absicherung laut Regierungsprogramm umzusetzen und den massiven negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche entgegenzuwirken."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Familie und Jugend vorgeschlagen.